



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 01.11.2005
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Ausschussmitglieder

Abg. Gerhard Holsten
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Klaus Huhn
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Klaus Lütjens
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Erhard Thies

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Lühr Klee
Abg. Detlef Steppat

Entschuldigt:

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanzausschusses am 07.09.2005
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung des Haushaltsplanes 2006 und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 2001-06/1249
- 6 Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung
Vorlage: 2001-06/1231
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Holsten eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt insbesondere die Gleichstellungsbeauftragte Frau Schmidt sowie die Vertreter der örtlichen Presse und einige Auszubildende als Zuhörer. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung allen Abgeordneten die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 auf den Tisch gelegt habe.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanzausschusses am 07.09.2005**

Abgeordneter Dreyer bittet um Berichtigung der Rechtschreibfehler.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanzausschusses am 07.09.2005 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 1

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat Dr. Fitschen berichtet,

- a) dass er mit den mit der Schülerbeförderung beauftragten Unternehmen auf deren Wunsch ein Gespräch geführt habe, dessen Inhalt der Verzicht auf eine europaweite Ausschreibung seitens des Landkreises gewesen sei. Er habe den Gesprächspartnern in Aussicht gestellt, auf eine Ausschreibung zu verzichten soweit zulässig, wenn die Busunternehmen dem Landkreis bei der Preisgestaltung entgegenkommen und außerdem ihre Kalkulationen offen legen würden. Er habe eine Offenlegung der Kalkulation verlangt, da bisher immer unklar geblieben sei, in welcher Höhe die Unternehmen öffentliche Zuschüsse für den Nahverkehr erhalten hätten. Der Landkreis könne nicht immer nur jede Preiserhöhung hinnehmen. Im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung seien Reduzierungen bei den Ausgaben für die Schülerbeförderung dringend notwendig, zumal auch die Vergleichswerte je Einwohner in den meisten Landkreisen des Regierungsbezirkes erheblich niedriger liegen würden als beim Landkreis Rotenburg.
- b) dass ein vom Bundeskabinett beschlossener Gesetzentwurf zur Revisionsklausel bei „Hartz IV“ die Streichung der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten vorsehe. Dies sei für die kommunale Ebene nicht hinnehmbar. Nach Berechnungen der Kommunen sei keinesfalls die vom Bund errechnete Entlastung eingetreten, im Gegenteil, der Bundesanteil müsste sogar noch erhöht werden. Für den Landkreis Rotenburg hätte die Streichung eine Mehrbelastung von 5,3 Mio. Euro zur Folge, würde sie auch noch für 2005 greifen, weitere 4,8 Mio. Euro. Vor dem Hintergrund, dass eine Erhöhung der Bundesbeteiligung unrealistisch erscheint, hätten sich die Kommunen darauf verständigt, weiterhin einen Anteil von 29,1 % im Haushalt 2006 zu veranschlagen. Gleichzeitig werde man in den Vorberichten zum Haushalt die dramatischen Auswirkungen einer Streichung der Bundesbeteiligung darstellen.
- c) dass die SPD-Kreistagsfraktion beantragt habe, auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr den Punkt „Auswirkungen der wiederholten Gaspreiserhöhungen“ zu behandeln und hierzu einen Vertreter der EWE um Erläuterungen der jüngsten Preiserhöhungen zu bitten. Angesichts der nicht unerheblichen finanziellen Auswirkungen von Preiserhöhungen auf dem Energiesektor halte er es für sinnvoll, diesen Punkt im Finanzausschuss zu behandeln zumal auch der Wirtschafts- und Verkehrsausschuss schon mit anderen Vorträgen in der nächsten Sitzung ausgefüllt sei. Er habe bereits mit der EWE Kontakt aufgenommen; ein Vertreter wäre bereit, in der nächsten Finanzausschusssitzung zu berichten. Mit diesem Verfahren erklären sich alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Punkt 5 der Tagesordnung: Einbringung des Haushaltsplanes 2006 und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006

Landrat Dr. Fitschen erklärt, dass der Haushalt 2006 vorwiegend auf Ausgaben aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen sowie daraus resultierenden Verordnungen beruhe. Lediglich etwa 1,5 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes hätten einen freiwilligen Charakter. Um eine Ausgabenreduzierung herbeiführen zu können, sei der Kreistag gefordert, Aus- und Aufgabenkritik zu üben bzw. nach Möglichkeiten zu suchen, Mitnahmeeffekte auszuschalten. Die erschreckende Entwicklung bei den Kassenkrediten hätten ihn dazu veranlasst, darüber nachzudenken, inwieweit von der durch das neue Sparkassenrecht vereinfachten Möglichkeit einer Gewinnab-

führung durch die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde Gebrauch gemacht werden könnte. Kreisumlagehebesatz und die Ansätze zur Kreisschulbaukasse seien mit den kreisangehörigen Gemeinden abgestimmt worden.

Kämmerer Dipl.-Kfm. Höhl gibt einen allgemeinen Überblick über die Finanzsituation des Landkreises und erläutert die wichtigsten Daten des Haushaltes 2006 des Landkreises Rotenburg anhand von Übersichten und Graphiken und stellt die Risiken des Haushaltsentwurfes 2006 dar. *(Die Übersichten liegen dem Protokoll an.)*

Abg. Dreyer vermisst in dem Vortrag eine Aufstellung zu den Energiekosten und erkundigt sich, inwieweit dieses Jahr mit Mehrausgaben zu rechnen sei. **Kämmerer Höhl** erklärt, die Ansätze 2005 seien gut kalkuliert und müssten seiner Einschätzung nach ausreichend sein.

Abg. Huhn bittet um Erläuterung, warum die Zahlung der Schlüsselzuweisung ein Risiko in sich birge. Hierzu verweist **Kämmerer Höhl** auf die noch nicht bekannte Höhe der Steuerverbundabrechnung, die im Frühjahr 2006 vorgenommen werde.

Abg. Bargfrede dankt im Namen seiner Arbeitsgruppe dem Landrat, dem Kämmerer und allen Amtsleitern der Kreisverwaltung für die geleistete Vorarbeit bei der Aufstellung des Haushaltes 2006. Er unterstützt insbesondere, dass der Haushalt keine neue Schuldenaufnahme vorsehe. Bezüglich des Verwaltungshaushaltes dürften alle Fraktionen nicht die Hände in den Schoß legen und müssten über Einsparungen nachdenken. Aus seiner Sicht könne der Landkreis in den Jahren 2005 und 2006 mit dem Land und den Gemeinden „in Frieden leben“, da eine Kreisumlageerhöhung nicht vorgesehen und auch die Kostenerstattung seitens des Landes für zusätzliche Aufgabenübertragung anlässlich der Auflösung der Bezirksregierungen angemessen ausgefallen sei. Er begrüßt insbesondere, dass sich auch die Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden über die Höhe des Schullastenausgleiches Gedanken machen würden und eine gemeinsame Lösung des Problems gesucht werde. Erfreulich sei die Senkung im Personalkostenbereich. Abschließend bleibe aber nur festzustellen, dass es keinen Spielraum für zusätzliche Wünsche geben würde.

Abg. Helberg dankt dem Kämmerer für die gut nachvollziehbare Darstellung der wichtigsten Daten und Fakten und stellt fest, dass es sich bei dem vorliegenden Zahlenwerk um einen hoch defizitären Verwaltungshaushalt und einen dünnen Vermögenshaushalt handele. Er bittet, dass bei Vergleichen mit anderen Landkreisen immer umfassend dargestellt werden sollte, dann würde sich ein aussagefähigeres Bild ergeben. Sorgen bereite ihm der Betrag der Kassenkredite sowie die daraus resultierende Tatsache, dass die Liquidität des Landkreises von den Banken und Sparkassen abhängig sei. Zu Beginn der Legislaturperiode habe der Schuldenstand noch unter dem Landesdurchschnitt gelegen, was jetzt nicht mehr der Fall sei. Gedanken machen müsse man sich auch über den Fakt, dass die Personalkosten im Vergleich 2000 zu 2006 stärker gestiegen seien als der Zuschussbedarf in der Sozialhilfe. Seiner Auffassung nach habe der Landkreis ein Einnahmeproblem, dass zum Teil auf Maßnahmen des Landes zurückzuführen sei. Das Land versuche seine Verschuldung auf Kosten der Kommunen zu begrenzen. Im Augenblick stelle er sich zum Verwaltungshaushalt 2006 folgende Fragen:

- Wieviel Sozialhilfeempfänger sind in den ersten 10 Monaten fehlerhaft als arbeitsfähig eingestuft worden? *(Antwort: Eine Fallzahl „fehlerhaft“ als erwerbsfähig eingestufte Kunden wird nicht erhoben. § 45 SGB XII schreibt allerdings vor, dass bei Anträgen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kap. SGB XII stets ein medizinisches Gutachten des Rentenversicherungsträgers einzuholen ist. Die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers ist für den Sozialhilfeträger bindend. Die Erfahrungen dieses Jahres zeigen eher, dass der Rentenversicherungsträger Kunden, die nach Einschätzung des Landkreises nicht erwerbsfähig waren, noch als erwerbsfähig angesehen hat, also genau die umgekehrte Konstellation.)*
- Reicht die Summe von 415.000 € für die Aufgabenübertragung aus?
- Soll die Jagdsteuer ermäßigt werden?

Zum Vermögenshaushalt sei lediglich festzustellen, dass Investitionen fast nicht mehr stattfinden.

Landrat Dr. Fitschen erwidert, dass der Landkreis Rotenburg sich im Vermögenshaushalt der gegebenen Situation anpasse und Herr Helberg zu recht sage, dass man insgesamt vergleichen

müsse. Beim Vergleich der Investitionen pro Einwohner lag der Landkreis Rotenburg (W.) 2004 landesweit an zweiter und 2005 an vierter Stelle.

Der Kostenausgleich für die Aufgabenübertragung, so der Landrat, sei durchaus gerecht, da in die Berechnung auch eine Flächenkomponente eingeflossen sei.

Zur Jagdsteuer erklärt der Landrat, dass er vor einiger Zeit ein Gespräch mit den Vorsitzenden der drei Jägerschaften auf deren Wunsch hin geführt habe. Hierin sei seitens der Jägerschaften zum Ausdruck gekommen, dass man auf die Bezuschussung von Einzelprojekten verzichten wolle, wenn gleichzeitig alle Jäger eine Entlastung erfahren würden. Da finanziell hierdurch kein Nachteil für den Landkreis entstehe, habe er sich bereit erklärt, diese Bitte aufzugreifen und dem Kreistag mit dem Haushalt 2006 vorzulegen.

Abg. Dreyer fühlt sich durch die vorgeschlagene Senkung des Hebesatzes bei der Jagdsteuer veralbert zumal in der letzten Finanzausschusssitzung einstimmig gegen eine Senkung votiert worden ist. Er missbilligt dieses Verfahren.

Abg. Huhn erkundigt sich nach den Ent- und Belastungen aufgrund des Wegfalls des Landesblindengeldes. (*Protokollnotiz: Das Land zahlt weiterhin Landesblindengeld für blinde Personen unter 27 Jahren. Die Blindenhilfe nach dem BSHG ist bei den Hhst. 4142.730700.9 und 4143.732100.0 veranschlagt. Die Mehrbelastung findet Berücksichtigung im Quotalen System, zwar nicht bei der Ermittlung der Quote aber in einer Extra-Berechnung.*)

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2006 (Stand: 20.10.2005) sowie den Entwurf der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006 (Stand: 20.10.2005) zur Kenntnis und verweist die Entwürfe in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung

Der Finanzausschuss nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung: Anfragen

Da keine Anfragen gestellt werden, schließt der **Vorsitzende Holsten** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.08 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer